Nr. 534a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
21. Oktober 1902

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag

198. Sitzung vom 20. Oktober, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Dr. Graf v. Posadowsky, Dr. Buchenberger.

Die **zweite Lesung** des **Zolltarifgesetzes** wird bei den Bestimmungen über Roggen und Weizen fortgesetzt.

Abg. Graf **Schwerin**-Löwitz (kons.):

Ich gebe den Sozialdemokraten zu, daß ich, wenn ich Sozialdemokrat wäre, also auch die bestehende Gesellschaftsordnung stürzen wollte, ebenfalls gegen jede Verbesserung der Tarifvorlage sein würde. Graf Kanitz hat mit Recht hingewiesen auf den auffallenden Unterschied in der Haltung der **französischen Sozialdemokratie** zu Zollfragen gegenüber der deutschen Sozialdemokratie. Die Erklärung hierfür finde ich in dem Umstand, daß in Frankreich die Demokratie bereits herrschend ist, in Deutschland aber erst herrschend werden will.

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um in Kürze die Gründe darzulegen, aus welchen ein Theil meiner politischen Freunde bisher leider nicht in der Lage ist, **für den Antrag Wangenheim zu stimmen.** Ich bin bei meinen Berechnungen genau von dem gleichen Maßstab bei Benutzung des Zolls ausgegangen wie der Bund der Landwirthe, und ich bin dabei ebenso wie dieser zu einem Zollsatz von **7,50 Mark für Roggen und Weizen** gelangt. Ich bin dabei weiter zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Satz noch etwas ermäßigt werden könnte, wenn man **Sommergetreide und Wintergetreide** verschieden behandelt. Für einen Satz von 7,50 Mark allein für Sommergetreide würden sich, wie ich glaube, auch weit mehr Stimmen finden. Durch einen solchen Satz für Sommergetreide würde auch ein etwa praktisch unzureichender Brodgetreidezoll wieder etwas ausgeglichen werden. Ein etwas niedrigerer Satz für Brodgetreide würde dann auch in einem schlechten Jahre nicht **so starken Anschwellungen** ausgesetzt sein, man brauchte nicht zu fürchten, daß er einmal suspendirt oder aufgehoben werden müßte. Immerhin glaube ich, daß wir **loyal handeln** können dadurch, daß wir **bis zu den Kommissionsbeschlüssen entgegenkommen.**

Bedauern muß ich es, daß die Regierung versucht hat, uns **einzuschüchtern** und zu bestimmen, die Regierungsvorlage anzunehmen. Der Versuch, die Regierungsvorlage zur Annahme zu bringen, ist unter allen Umständen gescheitert. Früher hat die Regierung die Parole vom Schutz der nationalen Arbeit ausgegeben. Noch im Herbst vorigen Jahres hieß es, es würde ein für die Landwirthschaft brauchbarer Tarif zu Stande kommen, wenn nur die Parteien sich einigten; alles andere würde sich finden. Jetzt ist es aber gerade die Regierung, die das Zustandekommen verhindert. Dabei würde sie, wenn sie die Kommissionsvorschläge annimmt, jetzt **nicht einmal das Odium auf sich laden,** die Volksnahrungsmittel zu vertheuern. (Beifall rechts.) Das Odium trägt der Reichstag, die Regierung kann die Verantwortung für das Scheitern dieser Vorlage in dem Falle nicht ablehnen, wenn der Reichstag sich selbst auf eine Form einigt, die er mit Mehrheit annimmt. (Sehr richtig! rechts.) Sie muß, wenn sie die Nothwendigkeit eines erhöhten Schutzes der Landwirthschaft erkannt hat, auf seiner Durchführung bestehen. Was wäre aus dem deutschen Reiche geworden, wenn Fürst **Bismarck und Roon** Anfangs der sechziger Jahre sich bei der Ablehnung der neuen **Heeresorganisation** einfach beruhigt hätten? Wir verstehen deshalb den Standpunkt des Reichskanzlers nicht, bei Ablehnung der Vorlage einfach im Rahmen der bisherigen Handelspolitik **fortwursteln** zu wollen (Sehr gut!), und das um so weniger in einem Augenblick, wo der Regierung eine Mehrheit zur Fortführung einer kraftvollen Handelspolitik nach außen zur Verfügung steht, und wo sie dem Auslande zeigen könnte, daß es endlich einmal mit der **Ausdeutung der wirthschaftlichen Uneinigkeit der Deutschen** zu Ende sei. (Lebhafter Beifall.) Mit der Annahme der Kommissionsbeschlüsse kommen wir der Regierung **doch entgegen.** Wenn eine Einigung, wie wir hoffen, im Reichstage darauf erfolgt, können der Reichstag und seine Mitglieder mit Recht sagen: Wir haben das Unsrige gethan, Herr Reichskanzler, thun Sie das Ihrige! Dann wollen wir die weitere Entwickelung abwarten. (Lebhafter Beifall.)

Bundesbevollmächtigter württembergischer Minister des Inneren Dr. **v. Pischek:**

Der Abg. Gothein ist auf meine Ausführungen in der ersten Lesung zurückgekommen und hat diese so verstanden, als ob ich jeden Nutzen aus der Zollerhöhung auf Getreide für den kleinen Bauern und Grundbesitzer geleugnet habe. Das ist eine **irrige Auffassung.** Ich habe hervorgehoben, daß nach meiner Ueberzeugung auch der kleine süddeutsche Bauer, der wenig Getreide baut, doch an der Erhöhung der Zölle darauf wesentlich interessirt ist, weil dadurch der fortschreitenden Entwerthung des Grundbesitzes vorgebeugt wird, weil ihm der Realkredit erhalten wird und die Kündigung der Hypotheken unterbleibt, durch die er von Haus und Hof vertrieben und zum großen Unheil für ihn und das Land in die Reihen der Industriearbeiter gedrängt wird. Dieser Ansicht bin ich noch heute. Darin bestärkt mich auch die Thatsache, daß die Gesammtheit der kleinen und kleinsten Landwirthe mit ganz verschwindenden Ausnahmen ohne Rücksicht auf die Parteistellung, trotz der gegnerischen Versuche, sie eines Anderen zu belehren, an dem Verlangen einer Erhöhung des Getreidezolles als der Endbedingung der Abwendung ihres wirthschaftlichen Unfalles festhält. Diese Ueberzeugung kann nicht lediglich durch die Agitationen des Bundes der Landwirthe oder durch die Aufstachelung der Begehrlichkeit u. s. w. hervorgerufen sein. Im Allgemeinen wird man doch annehmen dürfen, daß die Leute selbst am besten wissen, was ihrem Interesse dient, und wenn man an die Ausnahme des Arztes denken will, der die Interessen seines Patienten besser versteht als er selbst, so scheint mir doch nicht festzustehen, daß die Sozialdemokratie und die linke Seite dieses Hauses zu diesen **guten Aerzten für den kleinen Landwirth** gehörten (Beifall rechts), wenn man nicht eben annehmen will, daß die Kuren **à la Dr. Eisenbart** das Ziel der heutigen Wirthschaftspolitik sind. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte. Zurufe links. Heiterkeit.) Selbst wenn eine kleine Vertheuerung mancher Dinge für den Bauern eintreten sollte, was nicht zugegeben ist, so ist sie doch verschwindend gegen die Nachtheile der rapide fortschreitenden Entwerthung der auf den Körnerbau angewiesenen landwirthschaftlichen Grundstücke. Und wenn man sagt, ja, diese Hilfe helfe nur dem gegenwärtigen Besitzer, die kommende Generation habe darunter zu leiden, so warte man doch die 20 bis 30 Jahre ab! Vielleicht wird dann durch die Bevölkerungsvermehrung in Nordamerika das amerikanische Getreide im Inlande ebenso selbst verzehrt wie heute bereits in Ungarn. (Sehr richtig!) Nun sagt man aber auf Seiten der Freunde der Landwirthschaft, die von der Regierung in den Tarifgesetzentwurf eingestellten Zollsätze für Getreide sind gar zu homöopathisch, so daß von ihnen eine irgendwie befriedigende Hilfe nicht zu erwarten ist. Ja, ist denn das, was der Entwurf enthält, wirklich so wenig? Im Vergleich mit den gegenwärtig vertragsmäßig geltenden Sätzen ist der Roggenzoll im Tarifgesetzentwurf um **45 Prozent erhöht,** der Gerstenzoll um **50 Prozent** und der Haferzoll um **72 Prozent.** Das sind doch Sätze, die man nicht von vornherein als zu niedrig bemessen bezeichnen darf. Es ist verständlich, daß vom Standpunkt der Landwirthe aus eine weitere Steigerung dieser Sätze wünschenswerth erscheint, aber wir dürfen doch nicht einseitig nur die Interessen der Landbevölkerung wahrnehmen, sondern wir müssen auch die städtische, die Industrie treibende Bevölkerung berücksichtigen. Die Regierung darf bei der Beurtheilung der wirthschaftlichen Verhältnisse und bei den Maßnahmen, die sie zu treffen hat, nicht blos den Standpunkt der Produzenten ins Auge fassen, sondern muß auch den der Konsumenten wahrnehmen. Man darf nicht, wie es neulich der Abg. v. Wangenheim that, annehmen, daß die Regierung bei Aufstellung ihrer Tarifsätze vor der lauten Agitation der Sozialdemokratie und ihrer Presse **kapitulirte.** Den Tendenzen, die Wirthschafts- und Gesellschaftsformen in völlig andere Bahnen zu überführen, werden wir den entsprechenden Widerstand entgegenzusetzen wissen, aber **wir dürfen auch nicht eine rein konservative Politik treiben.** Das ist im Zeitalter der Maschinen und der dadurch stetig wachsenden industriell beschäftigten Bevölkerung nicht möglich. Angesichts unserer wirthschaftlichen Lage dürfen wir nicht allein die landwirthschaftliche Bevölkerung beachten, denn die konsumirende Bevölkerung macht einen großen Theil unserer Bevölkerung aus. Und gerade beim Brodgetreide muß die konsumirende Bevölkerung berücksichtigt werden. Auch müssen die verbündeten Regierungen in Rechnung ziehen, daß sie bei einer weiteren Steigerung der Sätze die Exportfähigkeit unserer Industrie, in welcher große Menschenmengen beschäftigt und gewaltige Kapitalien angelegt sind, gefährden würden. Bezüglich der Möglichkeit, Handelsverträge abzuschließen, müssen wir, glaube ich, die Angaben des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen über die Wirkung der Minimalsätze für maßgebender halten als die des Abg. Grafen Kanitz. Also wir wollen der Landwirthschaft **nach Möglichkeit entgegenkommen,** aber die Möglichkeit des Entgegenkommens findet ihre Grenze einerseits in dem Interesse der **konsumirenden Bevölkerung,** andererseits in der Rücksicht auf den **Abschluß der Handelsverträge.** Diese kombinirten Erwägungen mußten uns maßgebend sein, aber sie in eine mathematische Formel zu kleiden, aus der sich der in den Entwurf einzusetzende Zollsatz wie die Wurzel einer Gleichung mit absoluter Richtigkeit berechnen ließe, ist unmöglich. Die Landwirthschaft wird das zugeständnißß machen müssen, daß bei gewissenhafter Prüfung ihrer Lage durch die Regierung und bei Berücksichtigung der Verschiedenheit der Interessen der Bevölkerung, auch bei aller Wahrung der Interessen der Landwirthschaft, wie zu keinem anderen Zollsatze kommen könnten. Auch der Gang der Verhandlungen hat mich nicht überzeugt, daß die Regierung nicht weit genug oder zu weit gegangen wäre. Die verbündeten Regierungen und speziell Württemberg haben in ihrer Vorlage den Wünschen des Reichstages schon vielfach derart Rechnung getragen, daß **sie ihre eigenen Wünsche zurückstreten ließen.** Es ist also nicht richtig, daß wir vom Reichstag verlangt hätten, er solle unseren Entwurf **tale quale** annehmen. Ich glaube daher, daß die verbündeten Regierungen an dem Mindestsatzen nach wie vor mit Entschiedenheit festhalten sollen. Ich gebe dabei zu, daß die Vertheidigung dieser Mittellinie eine undankbare Aufgabe ist. Selbst wenn der Regierungsentwurf nicht in allen Punkten das Richtige trifft, ist es immer noch das Beste, ihn anzunehmen. Für die verbündeten Regierungen ist es leichter, jetzt die Verantwortung zu übernehmen, als wenn ihnen mit einigem Recht der Vorwurf gemacht werden könnte, daß sie extrem die Interessen des einen Berufsstandes den Interessen des anderen Berufsstandes geopfert hätten. In dieser Erwägung ist auch die württembergische Regierung mit den Ausführungen des Reichskanzlers und den daraus gezogenen Konsequenzen **durchaus einverstanden.** (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

Erwarten Sie **keine große Rede** von mir! (Heiterkeit.) Die erste Abstimmung wird ja über die Vorlage entscheiden. Es ist zu begrüßen, daß nicht alle Mitglieder der konservativen Partei dem Antrage Wangenheim folgen. Der Abg. Graf Schwerin hat sehr scharfe Kritik an dem Verhalten des Abg. v. Wangenheim geübt. Graf Schwerin hat auch anerkannt, daß zwischen der Regierungsvorlage und dem Kompromiß nur eine geringfügige Differenz ist. Dann darf er aber eine solche Vorlage nicht scheitern lassen. **Die Kommissionsanträge sind nicht erreichbar.** (Ohe! im Centrum.) Von einem Kompromiß kann nicht die Rede sein. Eine Mehrheit, die nicht über das Maß sich einig war, hat sich auf einen geringeren Satz geeinigt. Es hat aber kein Kompromiß zwischen Mehrheit und Reichstag oder zwischen Freund und Gegner der Vorlage stattgefunden. Die Sozialdemokratie und der Bund der Landwirthe wollen die Frage der Zollerhöhung zur **Wahlparole** machen, sie sind hier Bundesgenossen. Abg. v. Wangenheim hat es durch seine Anträge den Sozialdemokraten ermöglicht, 116 neue namentliche Abstimmungen herbeizuführen. Dieser Widerstand von rechts und links muß gebrochen werden. Nun, man nehme, daß die Erklärungen des Reichskanzlers noch eine Aenderung in der Haltung der Regierung eintreten wird, ist **eine Beleidigung.** (Sehr richtig! links.) Wer an diesen Worten zweifelt, will nicht hören, oder er ist gewohnt, Worte zu gebrauchen, nicht um das, was er sagen will, zum Ausdruck zu bringen, sondern zu **verhüllen.** Eine Aenderung der Parteianschten bis zur dritten Lesung kann ich nicht annehmen. Abg. v. Kardorff hat gesagt, die Regierung rufe dem Reichstage zu: **Vogel friß oder stirb!** Aber sie (nach rechts), die Freunde des Minimaltarifsystems, zwingen die Regierung, beim Abschluß von Handelsverträgen an einer gewissen Grenze stehen zu bleiben. Mir scheint es richtig, daß wir abstimmen, und wenn die Mehrheit des Reichstages über die Regierungsvorlage hinausgehen will, ist eben der Zolltarif gescheitert und die **Weiterberathung überflüssig.** (Sehr richtig! links.) Die Hoffnung des Abg. Herold, der ein alter Parlamentarier ist, daß wir zu einer dritten Lesung kommen, kann ich nicht theilen. Wir haben ja die Taktik der Sozialdemokratie kennen lernen. Es stehen uns **1000 namentliche Abstimmungen** bevor. Von der Sozialdemokratie redete der Abg. Ahlrich, dann Stadthagen, folgt der Buchstabe B.: Abg. Bock, dann Abg. Stadthagen, dann C.: Calwer und Stadthagen u. s. w. Um eine solche Obstruktion zu brechen, brauchen wir eine starke Mehrheit, die wir nicht besitzen. Sowie über die Vorlage der Regierung hinausgegangen ist, kommen wir nicht zu einer dritten Lesung. Ich möchte den Reichskanzler bitten, hieraus den Schluß zu ziehen, auf die Weiterberathung zu verzichten oder den **Reichstag auszutösen.** (Sehr richtig! links und bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung soll uns nicht in die Lage versetzen, monatelang vergeblich hier zu sitzen. Solche Verhandlungen, wie wir sie zu erwarten haben, halten wir nicht aus. (Sehr richtig! links.) Das Ansehen des Reichstages könnte nur darunter leiden, ebenso die Autorität der Regierung und des Reichskanzlers. (Sehr richtig! links.) Wir würden bedauern, wenn dieses Werk nicht verabschiedet werden könnte, weil wir darin ein außerordentlich gutes Blitzzug für hohe Grad der Unglaubigkeit der Abgeordneten an den Worten der Regierung trägt die Schuld am Scheitern der Vorlage. **Reichskanzler Graf Bülow erscheint** am Bundesrathstisch.) Der Reichskanzler und die Regierung haben ein Recht darauf, Glauben für ihre Worte zu finden, und dann muß die Regierung die Konsequenzen ziehen. (Lebhafter Beifall.) Auch die **falsche Taktik der Mehrheitsparteien** trägt mit die Schuld am Scheitern der Vorlage. Vor allem tragen die Verantwortung dafür die **falschen Freunde der Landwirthschaft,** die nicht nehmen, was sie kriegen können. Wir sind uns der Bedeutung der Abstimmung bei der Position bewußt. (Rufe rechts und links: Wir auch!) Ich ersuche den Reichskanzler, die Konsequenzen zu ziehen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Heim** (Ctr.):

Der Vorredner hat mich wieder mit dem Bund der Landwirthe zusammengeworfen. Ganz mit Unrecht. (Abg. Dr. Oertel lacht.) Ja, Herr Dr. Oertel, unsere Politik ist nicht dieselbe. Ich habe **nie gehetzt.** (Abg. Dr. Oertel: Ich auch nicht!) Das ist so Ihre Taktik. Sie sagen immer: An mir ist keine Schuld. (Heiterkeit.) Haben Sie denn nicht den Gang nach Kanossa gemacht? Waren Sie nicht in Duisburg? (Zuruf des Abg. Dr. Oertel.) Wenn Sie es wirklich einmal nicht waren, dann war es Herr Dr. Hahn. (Heiterkeit.) In der Kommission haben sogar Mitglieder der nationalliberalen Partei für die Kompromißvorschläge gestimmt. Wenn Herr Dr. Sattler das jetzt nicht mehr weiß, so hat er an Gedächtniß **ein großes Loch** (Heiterkeit) und zwar ein sehr großes. (Erneute Heiterkeit.) Dr. Sattler forderte die Auflösung des Reichstages. Wenn er glaubte, daß sie wirklich käme, würde er **nicht so tapfer gesprochen** haben. (Zuruf des Abg. Dr. Sattler.) Sie reden so tapfer, weil Sie hoffen, daß es nicht so kommt. (Große Heiterkeit.) Mir wäre nichts lieber als die Auflösung. **Bei uns kommt kein Liberaler durch.** In Herrn Dr. Sattlers Ausführungen habe ich keinen Gedanken gefunden, der den nationalliberalen Standpunkt ernstlich begründete. Kann er ernstlich die Frage mit Ja beantworten, daß die Sozialdemokraten ihre jetzige Taktik nicht befolgten, wenn die Mehrheit sich auf den Boden der Regierungsvorlage stellte? Sie können es nicht. Auch die Sätze der Regierungsvorlage genügen schon, sie zu der eingeschlagenen Taktik zu bewegen. (Zustimmung links.) Also würde der Weg des Abg. Sattler die „Schädigung des Ansehens des Reichstages" nicht verhindern. Die Herren hätten den Weg der **Obstruktion** doch beschritten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Obstruktion?) Ach, Herr Stadthagen, wenn man **3½ Stunden hinter einander auf zwei Positionen herumreitet,** so ist das Obstruktion, und wenn Sie es anders bezeichnen wollen, so sind das Redensarten. (Widerspruch und Zuruf bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Ich bitte, **keine Privatgespräche!** (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Heim** (fortfahrend):

Mit dem Liberalismus ist es ein eigen Ding. In einer Versammlung bei Straubing wurden **8 Mark Zoll** gefordert. (Rufe: Warum nicht 10 Mark?) Auch 10 Mark hätten gefordert werden können; wenn man zugreift, soll man es ordentlich thun. (Heiterkeit.) Dazu erklärte dann der Bürgermeister von Straubing: **Auch wir Liberale stehen auf diesem Standpunkt.** (Hört!) Wäre ich dort gewesen, ich hätte, wie ich es immer thue, sicher zur Mäßigung gemahnt. Anders der liberale Bürgermeister. In den Massen nämlich sind die Liberalen tapfer und böse (Heiterkeit), einzeln aber ganz zahm. Sattlers Rede war auch so ein Gemisch von Scharfmacherei und Zahnthesi. Er stellt sich auf den Standpunkt eines Spekulanten, es will **der Sattler seinen Gaul so satteln, daß er den Gaul auf jeden Fall reiten kann.** (Heiterkeit.) So überreichte er denn der Linken einen **großen Blumenstrauß** (Heiterkeit), es war das **Kartell der Linken,** das er wünscht. (Oh, oh! Unruhe und Heiterkeit links.) Aber ich fürchte, er findet dabei wenig Gegenliebe. Was ist es auch für ein Standpunkt für eine politische Partei, zu sagen: Die Regierung will es, also machen wir es so! (Heiterkeit. Sehr gut!) Es giebt doch noch andere Dinge als rein materielle, wo dieser Standpunkt ihr sehr unbequem werden könnte. Dann werden wir uns wieder sprechen. Man wird ihr dann vielleicht auch gut **zureden, wie einer kranken Kuh.** (Heiterkeit.) Bleiben Regierung und Parteien auf dem erklärten Standpunkt stehen, dann wird doch auch die Regierung sich nicht der Auffassung verschließen können, daß die Arbeit vergeblich ist. Aber gerade die Erklärung des Reichskanzlers bestärkt mich, bei meinem Antrage auf einem Einheitssatz von 6 Mark zu verharren. Ich verstehe auch nicht, wie man gegen eine **Ausdehnung der Mindestsätze auf die Viehzölle** sein kann! Gerade bei den Viehzöllen kommt auch der kleine und kleinste Besitzer in Betracht. Die Statistiken über die Viehhaltung beweisen das. Daß die bayerische Regierung, wie man sagt, hier den Hauptwiderstand leiste, ist mir eine unbeweisene Behauptung. Der **Gerstenbau** hat im Süden eine andere Bedeutung als im Norden. Im Norden ist die Gerste wohl meist Futtermittel, und deshalb sträubt man sich gegen die höhere Belastung; im Süden steht es anders, und hier wird sie gerade in den Bezirken gebaut, wo wir den kleineren und mittleren Bauernstand haben. Die Differenzen zwischen der Mehrheit und Minderheit der Freunde der Landwirthschaft sind hier eigentlich gar nicht so groß. Warum streiten wir so hartnäckig? Wie sind die Differenzen überhaupt entstanden? Wo Tauben sind, fliegen auch Tauben hin, sagt man bei uns. So scheint es mir im Ausschuß zur Vorbereitung des Zolltarifes auch gewesen zu sein; es sieht so aus, als sei nur der Großgrundbesitz befragt worden und auf den kleineren und mittleren Besitz nicht die genügende Rücksicht genommen. Und das bedauere ich.

Um die alten Preisspielen wieder zu erreichen, wäre ein **Zoll von 7,50 Mark** erforderlich. Kollege Herold hat in einer Versammlung eine Berechnung aufgestellt, daß für Weizen ein Zoll von 7,90 Mark und für Roggen ein solcher von 7,50 Mark erforderlich ist. Es giebt man allerdings keine feststehende, wissenschaftlich unanfechtbare Berechnungsart. Die gleichmäßige Verzollung der vier Getreidearten halte ich für einen großen sozialen Vortheil. Der Kompromißantrag ist vom Reichskanzler ebenso abgelehnt worden wie mein Antrag. Ich weiß nicht, ob in den Ausführungen des Reichskanzlers nicht etwas dreinsteht, was wir jetzt noch nicht lesen können, und was erst später sich herausstellt. Werden die Zölle nicht gebunden, dann werden diese das Kompensationsobjekt bei den Handelsverträgen bilden. (Sehr richtig! rechts.) **Wir Bayern müssen auf einer Bindung der Viehzölle** bestehen; ich rede nicht von ihrer Höhe; die Bindung durch Mindestzölle ist das Entscheidende. Die Gerstenpreise sind seit 1870 wesentlich zurückgegangen. Die ganze Art und Weise des Gerstenbaues ist anders geworden. Das vergißt der bayerische Finanzminister. Hopfen und Gerste sind jetzt äußerst billig; trotzdem wird das Bier nicht billiger. Aber hier setzt die Agitation der Sozialdemokratie nicht ein, das paßt Ihnen (zu den Sozialdemokraten) nicht in den Kram. Aber wenn Viehpreise in die Höhe gehen, schlagen Sie sofort Alarm, dann sind die armen Bauern daran schuld, die keinen Freund haben. Auch Graf Schwerin hat die Berechtigung meines Antrages zugegeben. Ich glaube, daß alle Freunde der Landwirthschaft sich auf meinen Antrag vereinigen könnten.

Der **Hafer** wird auch hauptsächlich von kleinen Bauern gepflanzt. Der Abg. Herold wird heute verstehen, warum ich meinen Antrag gestellt habe. Den Anträgen des Bundes der Landwirthe kann ich nicht nicht zustimmen. Wenn wir heute einen Gerstenzoll von 7,50 Mark bekommen, würde das zur Folge haben, daß die Einfuhr unmöglich wäre, eine Erhöhung des Gerstenzolles von 2 Mark auf 7 Mark 50 Pfennig halte ich für unerträglich. Ich glaube nicht, daß Kollege v. Wangenheim in seinem ganzen Leben einen Augenblick geglaubt hat, daß dieser Antrag Annahme findet. **Kann man denn die Partei des Bundes der Landwirthe noch ernst nehmen!** In den letzten Tagen hat der Bund der Landwirthe Abgeordnete aus allen Parteien eingeladen, um sie für den 7,50 Mark-Zoll breitzuschlagen. Es gehörte ein gut Stück Muth dazu, **dieser Massage zu entrinnen.** Die Nationalliberalen hätten sich besser vor der Freundschaft mit dem Bunde der Landwirthe bewahrt. In Bayern ist es dem Bunde der Landwirthe nicht gelungen, für den 7,50 Mark-Zoll Stimmung zu machen. Mehrere Dutzend **Berufsagitatoren** hat der Bund in Bayern hermengeschickt und dadurch zur Milderung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Da haben wir in Bayern **auch einmal preußisches Geld erhalten,** was selten passirt. Ich bin seinerzeit bearbeitet worden, gegen die **Flottenpolitik** in meiner Partei zu agitiren, aber bei der Abstimmung hier habe ich mich gewundert, wie die Herren sich für die Vorlage ausgesprochen haben. Es ist eine ungemein gefährliche Sache, einen Zolltarif mit ungenügenden Sätzen anzunehmen. Ich bin nicht der Ansicht des württembergischen Ministers v. Pischek, daß binnen 20 Jahren eine Besserung eintreten wird. In Argentinien und Amerika